

Informationen zur

Tarifpolitik

WSI

Kurzinformation

Tarifpolitik 2005 auf einen Blick

Berichte und Analysen des WSI-Tarifarchivs

- Aufgaben des Tarifarchivs
- Arbeitsergebnisse
- Pressemeldungen des Jahres 2005

Düsseldorf, Dezember 2005

www.tarifvertrag.de
www.lohnspiegel.de

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: tarifarchiv@wsi.de

www.tarifvertrag.de

ISSN-1861-2822

Inhalt

Aufgaben des Tarifarchivs..... I

Arbeitsergebnisse II

Pressemeldungen des WSI-Tarifarchivs im Jahr 2005..... 1 - 35

15.12.	WSI zieht gemischte Tarifbilanz: Deutlicher Zuwachs bei Stahl und Chemie	1
08.11	Tarifverträge enthalten zahlreiche Flexi-Bestimmungen	4
02.11.	Tarifliches Weihnachtsgeld 2005	6
21.09.	Tarifrunde 2006: Die Kündigungstermine.....	8
13.09.	Wer verdient was? Tarifvergütungen von A(bfüller) - Z(ugbegleiter).....	10
05.09.	Stabilisierung des Tarifsystems verhindert Risiken für Beschäftigung.....	11
11.08.	Europäischer Tarifbericht für 2005	13
12.07.	Tarifrunde 2005 Halbjahresbilanz	15
07.07.	Kostenloser Lohn- und Gehalts-Check im Internet startet	17
29.06.	Betriebsräte sehen zunehmende "Verbetrieblichung" skeptisch.....	19
07.06.	Tarifliches Urlaubsgeld 2005	21
17.05.	WSI-Tarifhandbuch 2005: Tarifpolitik fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf u. d. berufliche Gleichstellung v. Frauen u. Männern.....	24
11.05.	Entsendegesetz: Hohe Hürden in 34 von 40 Wirtschaftsbereichen	26
19.04.	Ausbildungsvergütungen: Große Unterschiede nach Branchen und Regionen..	28
18.04.	WSI plädiert für europäische Mindestlohn-Politik.....	31
10.03.	Aktueller Tarifspiegel im Internet.....	33
03.02.	Bilanz der Tarifrunde 2004	34

Aufgaben des WSI-Tarifarchivs

Das Tarifarchiv des WSI ist die zentrale Dokumentationsstelle der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Es wirkt darüber hinaus durch wissenschaftliche Beiträge meinungsbildend in die öffentliche Debatte um die Tarifpolitik hinein. Das Tarifarchiv berichtet regelmäßig über das aktuelle Tarifgeschehen in Deutschland, es führt eine umfassende tarifbezogene Verdienst-, Arbeitszeit- und Beschäftigtenstatistik, es beobachtet neue Trends der Rahmen- und Manteltarifpolitik und analysiert entsprechende tarifliche Regelungen. Es erstellt ferner regelmäßig einen europäischen Tarifbericht. Zu den Aufgaben des Tarifarchivs gehört die Erstellung von ad-hoc-Auswertungen für die Gewerkschaften. Darüber hinaus erteilt es Fachauskünfte bei Anfragen aus Ministerien, Arbeits- und Sozialverwaltung, Verbänden und Medien. Es bildet eine wichtige Datenquelle für Forschungsprojekte im WSI und steht auch externen WissenschaftlerInnen für Auswertungen zur Verfügung.

Die von den DGB-Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge werden gesammelt, nach systematischen Kriterien ausgewertet und archiviert. Das Archiv wird ergänzt durch Presseberichte, gewerkschaftliche Materialien und sonstige Hintergrundinformationen, die den Ablauf der Tarifbewegungen und die allgemeine tarifpolitische Entwicklung dokumentieren.

Veröffentlichungen

Das WSI-Tarifarchiv veröffentlicht seine Arbeitsergebnisse in folgenden Publikationen:

- WSI-Tarifhandbuch
- Monatsberichte
- Halbjahresberichte und Jahresberichte
- Elemente qualitativer Tarifpolitik

Darüber hinaus informieren Pressemeldungen über die wichtigsten Ergebnisse. Auf den Internetseiten des WSI finden sich unter der Adresse: www.tarifvertrag.de ausführliche Informationen zum Tarifsystem und Tarifgeschehen. Auf der Seite www.lohnspiegel.de entwickelt das WSI-Tarifarchiv eine Online-Auskunft über tatsächlich gezahlte Einkommen in zahlreichen Branchen und Berufe. Im Folgenden geben wir einen knappen Überblick über die Berichte und Analysen, die das WSI-Tarifarchiv im abgelaufenen Jahr erstellt hat. Die Pressemeldungen dokumentieren wir im Wortlaut, weil sie Daten und Fakten zusammenfassen, die auch heute noch informativ und nützlich sind. Die meisten Veröffentlichungen sind noch verfügbar und können beim WSI-Tarifarchiv bestellt oder im Internet herunter geladen werden.

Arbeitsergebnisse des WSI-Tarifarchivs im Jahr 2005

WSI-Tarifhandbuch 2005

mit dem Schwerpunktthema „Gleichstellung von Frauen und Männern und Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, Frankfurt, Bund-Verlag, 2005, 304 Seiten, 17,90 €

WSI-Mitteilungen

- Tarifstandards unter Druck - Tarifpolitischer Jahresbericht 2004 (Heft 2/2005)
- Betriebsräte, Arbeitsbedingungen und Tarifpolitik (Heft 6/2005)
- Tarifpolitischer Halbjahresbericht : Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2005 (Heft 7/2005)
- Europäischer Tarifbericht des WSI - 2004/2005 (Heft 7/2005)
- Deutschland vor dem tarifpolitischen Systemwechsel? (Heft 8/2005)
- Altersbezogene Regelungen in Tarifverträgen - Bedingungen betrieblicher Personalpolitik (Heft 10/2005)

www.tarifvertrag.de

- Regelmäßige aktuelle Tarifinformationen im Internet

www.lohnspiegel.de

- Online-Datenbank zu tatsächlich gezahlten Löhnen und Gehältern

Regelmäßige Tarifberichterstattung

- *Monatsberichte*
Ausgabe 1-12/2005
- *Tarifpolitischer Jahresbericht 2004*
Tarifstandards unter Druck,
Januar 2005, 79, Seiten, 10 €
- *Tarifpolitischer Halbjahresbericht - Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2005*
Juli 2005, 40 Seiten, 6 €

Elemente qualitativer Tarifpolitik

- *Immer flexibler - und immer länger?*
Tarifliche Regelungen zur Arbeitszeit und ihrer Gestaltung,
April 2005, 80 Seiten, 10 €
- *Förderung der Ausbildung durch Tarifvertrag im Jahr 2004*
Tarifliche Regelungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen und zur
Übernahme von Ausgebildeten,
Juni 2005, 136 Seiten, 10 €
- *Tarifliche Senioritätsregelungen*
Eine Analyse von tariflichen Regelungen in ausgewählten Tarifbereichen
September 2005, 64 Seiten, 10 €
- *Wie flexibel sind Tarifverträge?*
Eine Untersuchung von Tarifverträgen in über 20 Wirtschaftszweigen und
Tarifbereichen
November 2005, 36 Seiten, 5 €

WSI zieht gemischte Tarifbilanz 2005:

Deutlicher Zuwachs bei Stahl und Chemie - Abwehrkämpfe in anderen Branchen

Eine gemischte Tarifbilanz für das Jahr 2005 zieht das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung: „Es gab Lohnabschlüsse, durch die die Kaufkraft der Beschäftigten deutlich gestärkt wurde, zum Beispiel in der Stahlindustrie und in der chemischen Industrie. Aber in vielen anderen Branchen kämpften die Gewerkschaften mit dem Rücken zur Wand“, fasst WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck die Tarifpolitik des zu Ende gehenden Jahres zusammen. Ein Erfolg ist nach der Analyse des Tarifarchivs auch der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Dieser gilt seit Oktober diesen Jahres und sieht neue Tarifstrukturen einheitlich für die ArbeiterInnen und Angestellten des Bundes und der Gemeinden vor. Eine Übertragung auf die Länder steht allerdings noch aus.

Wesentliche Eckpunkte des Tarifjahres 2005:

- In der Stahlindustrie erhalten die Beschäftigten nach einer Einmalzahlung von 500 € seit September 2005 eine Tarifierhöhung von 3,5 Prozent bei einer Laufzeit bis August 2006.
- In der chemischen Industrie beträgt die Tarifierhöhung 2,7 Prozent bei einer Gesamtlaufzeit von 19 Monaten. Zusätzlich gibt es eine Einmalzahlung von 1,2 Prozent im Februar 2006.
- In den anderen Branchen reichen die Tarifierhöhungen bei unterschiedlichen Laufzeiten von einem Prozent (Druckindustrie) über rund 1,5 Prozent (regionale Bereiche der Holz- und Kunststoffindustrie und des Kfz-Gewerbes) bis zu 1,8 Prozent (Textilindustrie Ost) und 1,9 Prozent (Deutsche Bahn AG). Vielfach wurden „Nullmonate“ vorgeschaltet, für die es teilweise Pauschalzahlungen gab (siehe Tabelle).

In einigen Branchen gab es Einschnitte in manteltarifliche Regelungen und Leistungen: In der Druckindustrie wurden Zuschläge und Freizeitregelungen gekürzt, die 35-Stunden-Woche jedoch verteidigt. Im Bauhauptgewerbe musste die IG BAU einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 40 Stunden zustimmen. Sie konnte aber die Mindestlöhne für weitere drei Jahre festschreiben und außerdem durchsetzen, dass für die Bauarbeiter bei Winterarbeitslosigkeit künftig ein saisonales Kurzarbeitergeld gezahlt wird. Bei der Volkswagen AG einigten sich die Tarifparteien darauf, die für den Konzern günstigeren Tarifbedingungen der VW-eigenen Auto 5000 GmbH anzuwenden, um die Produktion eines neuen Geländewagens in einem deutschen Werk zu halten. In vielen Branchen wurden weitere tarifliche Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen vereinbart.

In einigen Tarifgebieten bestehen tariflose Zustände. In der Papier verarbeitenden Industrie konnte keine Tarifeinigung erzielt werden. Im Einzelhandel kam ebenfalls trotz monatelanger Verhandlungen und zahlreicher Streikaktionen bis heute kein Ergebnis zustande.

Das deutsche Tarifsysteem befindet sich „in einer kritischen Phase“, urteilt WSI-Experte Dr. Reinhard Bispinck angesichts dieser Entwicklung. „Wenn es nicht gelingt, die Tariflandschaft zu stabilisieren und den vereinbarten Tarifstandards in den verschiedenen Branchen wieder zur breiten Geltung zu verhelfen, droht mittelfristig die Gefahr eines tarifpolitischen Systembruchs. Die ökonomischen und sozialen Folgen wären hoch problematisch“, so Bispinck.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck Leiter WSI-Tarifarchiv Tel.: 0211-7778-232 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de	Rainer Jung Leiter Pressestelle Tel.: 0211-7778-150 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de
--	---

Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2005

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
09.02.2005	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden West und Ost	Einmalzahlungen von je 300 € in 2005, 2006 und 2007 neue, einheitliche Entgeltstruktur für ArbeiterInnen und Angestellte ab 10/2005
28.02.2005	Deutsche Bahn AG	nach 4 Nullmonaten (März - Juni) jew. 50 € Pauschale für Juli 2005 - Juni 2007 1,9 % ab 06/2007
14.03.2005	Holz- und Kunststoff verarbeitende Industrie Baden-Württemberg	40 € Pauschale für April 1,54 % ab 05/2005 - 03/2006
26.04.2005	Privates Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen	nach 8 Nullmonaten (August 2004 - März 2005) 2,9 % ab 04/2005 - 04/2006 (Sonderregelung für Kraftfahrer)
03.05.2005	Textilindustrie Ost	400 € Pauschale insg. für Mai 2005 - Oktober 2006 1,8 % ab 11/2006 - 03/2007
11.05.2005	Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	500 € insg. Pauschale für April - August 3,5 % ab 09/2005 - 08/2006
19.05.2005	Stahlindustrie Ost	Abschluss wie West
31.05.2005	Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg	95 € Pauschale insg. für März - Mai 1,5 % ab 06/2005 - 02/2006
02.06.2005	Steinkohlenbergbau West	400 € Pauschale insg. für Mai 2005 - Dezember 2006 1,5 % ab 01/2007 - 12/2007
08.06.2005	Süßwarenindustrie Nordrhein-Westfalen	je 60 € Pauschale für April und Mai 1,8 % ab 06/2005 - 03/2006
14.06.2005	Landwirtschaft Nordrhein, Westfalen, Lippe	200 € Pauschale insg. für September 2004 - September 2005 1,9 % ab 10/2005 1,5 % Stufenerhöhung ab 10/2006 1,1 % Stufenerhöhung ab 07/2007 - 12/2007
16.06.2005	Druckindustrie	340 € Pauschale insg. für April 2005 - März 2006, 1,0 % ab 04/2006 - 03/2007
16.06.2005	Chemische Industrie West	2,7 % regional unterschiedlich ab 06/07/08/2005 für 19 Monate Einmalzahlung von 1,2 % bezogen auf die Laufzeit spätestens zum Februar 2006

21.06.2005	Bauhauptgewerbe West	nach 17 Nullmonaten (April 2004 - August 2005) je 30 €Pauschale für 09/2005 - 03/2006 1,0 % ab 04/2006 - 03/2007
11.07.2005	Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg	230 €Pauschale insg. für Mai - August 0,5 % ab 08/2005 1,7 % Stufenerhöhung ab 05/2006 - 08/2007
04.10.2005	Wohnungswirtschaft	0,9 % ab 01/2006 (Ost: ab 06/2006) 0,9 % Stufenerhöhung ab 01/2007 - 06/2008 (Ost: ab 06/2007) West: je 200 €Einmalzahlung in 2006 und 2007

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: 15.12.2005

08.11.2005

Untersuchung des WSI-Tarifarchivs in 20 Branchen **Tarifverträge enthalten zahlreiche Flexi-Bestimmungen**

Die Flächentarifverträge in Deutschland sind hochgradig flexibel und erlauben eine weitgehende Anpassung an betriebliche Erfordernisse. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Untersuchung.* Darin analysiert das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung die Tarifverträge in 20 wichtigen Wirtschaftszweigen mit rund neun Millionen Beschäftigten in West- und Ostdeutschland. In den vergangenen 15 Jahren haben die Tarifparteien eine Vielzahl tariflicher Öffnungsklauseln vereinbart, die im wirtschaftlichen Krisenfall, zur Beschäftigungssicherung oder auch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit begrenzte Möglichkeiten zur Abweichung von den Tarifstandards erlauben. Auch in allen 20 untersuchten Branchen gibt es solche Bestimmungen.

„Wer angesichts dieser Entwicklung unablässig über angeblich fehlende Flexibilität klagt und gar gesetzliche Öffnungsklauseln fordert, riskiert wissentlich und willentlich einen tarifpolitischen Systembruch in der Bundesrepublik“, sagt Dr. Reinhard Bispinck, Tarifexperte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung. „Flächentarifverträge erfüllen ihre Funktion nur dann, wenn abweichende Regelungen die klar definierte Ausnahme bleiben“, so Bispinck.

Die Bestimmungen fallen je nach Branche und Problemlage unterschiedlich aus. In vielen Fällen setzen die tariflichen Abweichungen die Zustimmung der Gewerkschaften voraus oder bedürfen einer betriebsbezogenen tariflichen Vereinbarung. Einige ausgewählte Beispiele:

- Im **Bankgewerbe** bestehen u.a. Regelungen zur Beschäftigungssicherung (Arbeitszeitreduzierung mit teilweisem Entgeltausgleich), zur erfolgsabhängigen Jahressonderzahlung („Weihnachtsgeld“) sowie eine Härtefallklausel für schwierige wirtschaftliche Situationen.
- Im **Bauhauptgewerbe** kann im Osten die Tarifvergütung um bis zu 10 % (Berlin: 5 %) abgesenkt werden, im Westen kann die Sonderzahlung auf einen Mindestbetrag (780 €) reduziert werden.
- In der **chemischen Industrie** gibt es zeitlich befristete Einstellungsstarife für Neueinstellungen und Langzeitarbeitslose, die Möglichkeit zur variablen Gestaltung der Jahresleistung sowie Öffnungsklauseln zur befristeten Reduzierung von Tarifstandards.
- In der **Druckindustrie** können Sonderzahlung und Urlaubsgeld reduziert werden, Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung ist möglich.

- Im **Großhandel** besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit zur befristeten Unterschreitung der tariflichen Vergütungssätze.
- In der **Holz- und Kunststoffindustrie** können in einigen Gebieten ergänzende Tarifregelungen oder abweichende Regelungen getroffen werden, um die Beschäftigungsentwicklung nachhaltig zu verbessern.
- In der **Metall- und Elektroindustrie** erlauben Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Der sogenannte „Pforzheimer Abschluss“ von 2004 lässt befristete Tarifabweichungen zu (z.B. Kürzungen von Sonderzahlungen, Stundung von Ansprüchen, Erhöhung oder Absenkung der Arbeitszeit mit oder ohne vollen Lohnausgleich).
- In der **Recycling- und Entsorgungswirtschaft** gibt es für bestimmte Betriebe die Möglichkeit zur Absenkung tariflicher Leistungen um bis zu 15 %. Außerdem können abgesenkte Einstiegsentgelte vereinbart werden.
- Im **Reisebürogewerbe** gibt es verschiedene Öffnungsklauseln zu den Regelungsbereichen Arbeitszeit (Beschäftigungssicherung) sowie Entgelt, Sonderzahlung, Urlaubsgeld (zur Insolvenzabwendung).
- In der **Süßwarenindustrie** besteht die Möglichkeit zur Arbeitszeitverlängerung. Eine allgemeine Härtefallklausel erlaubt den Eingriff in tarifliche Leistungen.
- In der **Textilindustrie** können zur nachhaltigen Beschäftigungssicherung ergänzende Tarifregelungen oder befristete Abweichungen von tariflichen Mindeststandards vereinbart werden.
- Im **privaten Verkehrsgewerbe** NRW ist es möglich, die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich abzusenken, Sonderzahlung und Urlaubsgeld ganz oder teilweise zu streichen.

Unabhängig von diesen zahlreichen tariflichen Differenzierungs- und Öffnungsklauseln bietet bereits die Grundstruktur des deutschen Tarifsystems und der Tarifverträge ein hohes Maß an eingebauter Flexibilität: Eine hoch differenzierte Tariflandschaft mit über 200 Tarifbranchen und überwiegend regional geltenden Tarifverträgen erlaubt eine Berücksichtigung der jeweiligen Branchensituation, so das WSI-Tarifarchiv. Branchenspezifische Lohn- und Gehaltstabellen erfüllen die betrieblichen Anforderungen an eine flexible Lohnbildung in den Betrieben, indem sie bis zu 17 Vergütungsgruppen und Möglichkeiten der leistungs- und erfolgsbezogenen Entgeltgestaltung enthalten. Die tariflichen Arbeitszeitbestimmungen verknüpfen feste tarifliche Regelarbeitszeiten mit einem System hoch flexibler Arbeitszeitgestaltung (lange Ausgleichszeiträume, Arbeitszeitkorridore, Arbeitszeitkonten). Die ständige Überarbeitung und Modernisierung der Tarifverträge (zuletzt in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst) sorgen für eine Anpassung an die veränderten Bedingungen in den Betrieben und Verwaltungen.

* Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv, Wie flexibel sind Tarifverträge? Eine Untersuchung der Tarifverträge in 20 Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen, Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 60, WSI-Informationen zur Tarifpolitik, November 2005. Im Internet unter: www.tarifvertrag.de (Wie flexibel sind Tarifverträge?).

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck
 Leiter WSI-Tarifarchiv
 Tel.: 02 11-77 78-232
 Fax: 02 11-77 78-250
 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
 Leiter Pressestelle
 Tel.: 02 11-77 78-150
 Fax: 02 11-77 78-120
 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

02.11.2005

WSI-Tarifarchiv:

Tarifliches Weihnachtsgeld 2005

Im November steht in vielen Betrieben und Verwaltungen die Auszahlung der Jahressonderzahlung („Weihnachtsgeld“) an. Ein sicherer Rechtsanspruch besteht nur, wenn es verbindliche tarifliche Regelungen dazu gibt. In den meisten Wirtschaftszweigen sehen die Tarifverträge ein Weihnachtsgeld vor. Es wird überwiegend als fester Prozentsatz vom Monatseinkommen berechnet. Die Höhe fällt je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich aus. In einzelnen Tarifbereichen (z.B. Chemie, Banken) kann das Weihnachtsgeld variabel gestaltet werden. Dies ergibt ein Überblick, den das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung jetzt in Düsseldorf veröffentlicht hat. **100 %** erhalten u.a. die Beschäftigten im Bankgewerbe und in der Süßwarenindustrie, **95 %** erhalten sie in den Bereichen Chemie (West) und Druck. Darunter liegen u.a. der öffentliche Dienst (Gemeinden West) (rd. **82 %**), die Bereiche Versicherungen (**80 %**), Einzelhandel (West) (**62,5 %**) sowie Metallindustrie (West) (**55 %**). In vielen Bereichen haben die Beschäftigten in den *neuen Ländern* mittlerweile gleichgezogen. Weniger als ihre KollegInnen im Westen erhalten die Ost-Beschäftigten z. B. in den Bereichen Chemie (**65 %**), öffentlicher Dienst (Gemeinden, rd. **62 %**) und Metallindustrie (**50 %**). Kein Weihnachtsgeld erhalten u.a. die Beschäftigten im ostdeutschen Bauhauptgewerbe.



Tarifliche Jahressonderzahlung 2005 in West und Ost

- in % eines Monatseinkommens -

Tarifbereich	West	Ost
	Anspruch in %	Anspruch in %
Landwirtschaft Bayern/Mecklenburg-Vorpommern	Arb.: 205 €	256 € ¹
Steinkohlenbergbau alle West-Bereiche	2.156 € ²	-
Energieversorgung NRW (GWE-Bereich)/Ost (AVEU)	50 - 100	100
Eisen- und Stahlindustrie (außer Saarland)/Ost	110 ³	110 ³
Chemische Industrie Nordrhein/Ost	95 ⁴	65 ⁴
Metallindustrie	25 - 55 ⁵	20 - 50 ⁶
Kfz-Gewerbe	10 - 55 ⁷	20 - 50 ⁷
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe/Sachsen	57,5 ⁸	60
Druckindustrie (Ang.: Schleswig-Holstein/Hamburg)	95	95
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück/Ost	100	60
Bekleidungsindustrie	82,5	tarifloser Zustand
Süßwarenindustrie West/Ost	100 ⁹	100
Bauhauptgewerbe	Arb.: 93 GTL ^{10, 11} Ang.: 55 ¹¹	- ¹² - ¹²
Großhandel NRW/Sachsen-Anhalt	434 €	256 €
Einzelhandel	62,5 ¹³	50 ¹⁴
Deutsche Bahn AG Konzern ¹⁵	100	100
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen/Thüringen	30 - 40	400 € ^{16, 17}
Bankgewerbe	100 ¹⁸	100 ¹⁸
Versicherungsgewerbe	80	80
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern/Sachsen	50	499 €
Gebäudereinigerhandwerk Arbeiter	-	-
Öffentlicher Dienst Gemeinden	82,14 ¹⁹	61,60 ¹⁹

1) Zuzüglich 7,67 € pro Betriebszugehörigkeitsjahr.

2) Davon 156 € bei Urlaubsantritt.

3) Inkl. Urlaubsgeld.

4) Änderung durch BV auf max. 125 %/95 % (West/Ost) bzw. mind. 80 %/50 % (West/Ost) eines ME möglich.

5) Osnabrück 27,5-57,5 %, Südwürttemberg-Hohenzollern/Südbaden 30-60 %.

6) Berlin (Ost)-Brandenburg 25 - 55 %.

7) Regional unterschiedlich.

8) Möglichkeit durch freiwillige BV die Sonderzahlung in einer Bandbreite von 37,5 - 77,5 % von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes abhängig zu machen.

9) Durch freiwillige BV kann die Sonderzahlung in einer Bandbreite von 80 - 100 % an den Unternehmenserfolg gekoppelt werden; Verschiebung des Auszahlungszeitpunkts des variablen Teils möglich.

10) GTL = Gesamtтарifstundenlohn.

11) Zahlbar je zur Hälfte im November und April.

12) Berlin-Ost gleiche Regelung wie West.

13) Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen: 60 %.

14) Berlin-Ost 52,5 %.

15) Hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG.

16) Spedition und Güterverkehr.

17) Zahlbar jew. 50 % im Juni und November.

18) Möglichkeit durch freiwillige BV die Sonderzahlung in einer Bandbreite von 91 - 118 % vom Unternehmenserfolg abhängig zu machen (gilt nicht für Genossenschaftsbanken); Verschiebung der Auszahlung des variablen Teils in die ersten 6 Mon. des darauf folgenden Kalenderjahres möglich.

19) Zuzüglich 25,56 €/Kind.

WSI Hans Böckler
Stiftung 

21.09.2005

WSI-Tarifarchiv:

Tarifrunde 2006: Die Kündigungstermine

Die Tarifrunde 2005 ist noch nicht beendet: Im Einzelhandel und einigen kleineren Tarifbereichen wird noch verhandelt, im Versicherungsgewerbe läuft der Gehaltstarifvertrag Ende September aus. Doch die Tarifrunde 2006 rückt langsam näher.

Wann wo verhandelt wird, zeigt der tarifliche Kündigungsterminkalender, den das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung jetzt veröffentlicht hat: Nach zwei Jahren stehen in der Metall- und Elektroindustrie wieder Tarifverhandlungen auf der Tagesordnung. Die Verträge laufen Ende Februar 2006 aus. Zum selben Zeitpunkt enden auch die Verträge in Teilen der Energiewirtschaft und des Kfz-Gewerbes. Ende März folgt die Deutsche Telekom AG, Ende April die Deutsche Post AG sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie. Ende Mai stehen Verhandlungen im Bankgewerbe an und Ende August folgt die Eisen- und Stahlindustrie.

In der chemischen Industrie, im Groß- und Außenhandel und im öffentlichen Dienst finden im kommenden Jahr wegen länger laufender Abschlüsse keine Lohn- und Gehaltsverhandlungen statt.

Der ausführliche Überblick im Anhang informiert über alle tariflichen Kündigungstermine bis Ende 2007. In der Tabelle ist auch ausgewiesen, für wie viele Beschäftigte die jeweiligen Verträge ausgehandelt werden. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, wie differenziert das System der Flächentarife ist: In etlichen kleinen Branchen gibt es beispielsweise Tarifverträge, die nur für wenige tausend Beschäftigte gelten.

Ausgewählte Kündigungstermine für Lohn- und Gehaltstarifverträge 2005 - 2007

2005

- 30.09.** **Versicherungsgewerbe (Innendienst)** West und Ost
 Kautschukindustrie alle Westbereiche
- 31.10.** **Kunststoff verarbeitende Industrie** Hessen, Baden-Württemberg, Bayern
- 31.12.** **Gebäudereinigerhandwerk** Arb. West und Ost
 Maler- und Lackiererhandwerk Arb. West und Ost (ohne Saarland)
 Zeitarbeit (iGZ) West und Ost
 Hotel- und Gaststättengewerbe Baden-Württemberg
 Brauereien Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Südbaden, Berlin-West
-

2006

- 31.01.** **Stationierungsstreitkräfte**

Fortsetzung: **Kündigungstermine 2005-2007**

- 28.02.** **Metall- und Elektroindustrie** West und Ost
Kfz-Gewerbe Hessen, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern
E.ON Energiekonzern, Energiewirtschaft Baden-Württemberg, **Energie- und Versorgungswirtschaft** Ost (AVEU)
- 31.03.** **Hotel- und Gaststättengewerbe** Nordrhein-Westfalen, Thüringen
Deutsche Telekom AG West und Ost
Privates Verkehrsgewerbe Baden-Württemberg (o. Südbaden), Thüringen
- 30.04.** **Deutsche Post AG** West und Ost
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern, Sachsen-Anhalt, Sachsen
Textilindustrie West
Bekleidungsindustrie West
- 31.05.** **Bankgewerbe** West und Ost
- 30.06.** **Energiewirtschaft** NRW (GWE-Bereich) und Hessen
- 31.08.** **Eisen- und Stahlindustrie** Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Ost
Textilreinigungsgewerbe West und Ost
- 30.09.** **Privates Verkehrsgewerbe** Bayern; (Speditionen) Berlin, Brandenburg
- 31.12.** **Chemische Industrie** Nordrhein, Hessen, Rheinland-Pfalz

2007

- 31.01.** **Chemische Industrie** Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin
Volkswagenwerk AG
-

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: September 2005

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck Leiter des WSI-Tarifarchivs Tel.: 0211-7778-232 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de
--

Rainer Jung Leiter Pressestelle Tel.: 0211-7778-150 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de
--

13.09.2005

WSI-Tarifarchiv informiert im Internet

Wer verdient was? Tarifvergütungen von A(bfüller) - Z(ugbegleiter)

Aktuelle Informationen zu Tarifverdiensten für rund 150 Berufe und Tätigkeiten hat das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung jetzt ins Internet gestellt.

„Wir haben Berufe aus rund 50 verschiedenen Branchen berücksichtigt“, sagte der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Dr. Reinhard Bispinck, in Düsseldorf. „Das reicht von der ungelerten Küchenhilfe im sächsischen Hotel- und Gaststättengewerbe mit einem tariflichen Brutto-Monatslohn von 1.060 Euro bis zum Kundenberater im Bankgewerbe mit einem tariflichen Grundentgelt von bis zu 3.853 Euro.“

Die Dokumentation ist alphabetisch gegliedert – von A(bfüller) bis Z(ugbegleiter). Abrufbar ist sie über die Internetseite des WSI-Tarifarchivs. Adresse: <http://www.tarifspiegel.de>.

Zusätzlich zu seiner Übersicht der Tarifverdienste baut das WSI-Tarifarchiv eine Online-Datenbank auf, die die Bandbreite der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter zeigt. Wer einen Online-Fragebogen zu seinen Arbeits- und Einkommensbedingungen ausfüllt, hilft mit beim Aufbau eines Einkommens-Checks und kann wertvolle Preise gewinnen. Eine Startversion dieses „Lohn- und Gehaltsspiegels“ steht im Internet bereits unter <http://www.lohnspiegel.de> zur Verfügung.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter des WSI-Tarifarchivs
Tel.: 0211-7778-232
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

05.09.2005

Bilanz der Tarifpolitik

Stabilisierung des Tarifsystems verhindert Risiken für Beschäftigung

Gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie, etwa durch die Neudefinition des Günstigkeitsprinzips oder durch Möglichkeiten zur Tarifunterschreitung ohne Beteiligung der Tarifvertragsparteien, würden zu einem grundlegenden tarifpolitischen Systemwechsel führen und dadurch die ökonomischen und sozialen Steuerungsfunktionen der Tarifpolitik weiter drastisch schwächen. Wirtschaft und Beschäftigung drohen in diesem Fall Risiken auf zwei zentralen Feldern: Die Berechenbarkeit bei der Lohnfindung würde deutlich abnehmen, die Binnennachfrage weiter geschwächt. Zu diesem Ergebnis kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in einer Analyse der aktuellen tarifpolitischen Entwicklung.* Eine Stabilisierung des Tarifsystems sei notwendig, um solche negativen Effekte zu verhindern, so die WSI-Tarifexperten Dr. Reinhard Bispinck und Dr. Thorsten Schulten in der aktuellen Ausgabe der WSI-Mitteilungen. Zu dieser Stabilisierung solle auch der Gesetzgeber beitragen.

Die Längsschnitt-Daten des WSI zeigen, dass die Bundesrepublik bei der Differenzierung und Flexibilisierung des Flächentarifvertrages mittlerweile im europäischen Vergleich relativ weit fortgeschritten ist. Drei große Trends beobachten die Wissenschaftler für die letzten Jahre:

- Die Prägekraft des Tarifsystems hat aufgrund der sinkenden Tarifbindung abgenommen (siehe Tabelle eins). Die weißen Flecke auf der Tariflandkarte werden größer. Die Verbindlichkeit der Tarifstandards ist im Zuge der starken Verbreitung von tariflichen Öffnungsklauseln ebenfalls zurückgegangen.
- Die Verteilungsbilanz der Tarifpolitik weist seit Jahren durchweg sehr moderate Lohnabschlüsse auf, die trotz gewerkschaftlichen Bemühens um höhere Ergebnisse deutlich unterhalb des Verteilungsspielraums aus Preis- und Produktivitätsentwicklung blieben (siehe Tabelle zwei). Die Entwicklung der effektiven Einkommen blieb hinter der Tarifentwicklung zurück („negative Lohndrift“). Die Einkommensdifferenzierung nahm zu und der Niedriglohnsektor weitete sich aus.
- Die tariflichen Arbeitszeitstandards wurden immer weiter flexibilisiert und in einigen Tarifbereichen auch (wieder) heraufgesetzt. Im Ergebnis ist eine Tendenz zur Verlängerung der effektiven Arbeitszeiten zu konstatieren.

Die ökonomischen Auswirkungen dieser Entwicklung sind sehr zwiespältig, so die Wissenschaftler. Zwar habe sich einerseits die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft drastisch verbessert. Doch auf der andern Seite trug die Lohnpolitik auch zur anhaltenden Stagnation auf dem Binnenmarkt bei. Die vielfach versprochenen positiven Auswirkungen der Lohnzurückhaltung auf den Arbeitsmarkt sind ausgeblieben.

Um eine weitere äußere und innere Erosion des Tarifsystems zu stoppen, ist nach Einschätzung der WSI-Experten eine rechtlich institutionelle Stabilisierung des Tarifsystems erforderlich. Dazu zählen erleichterte Allgemeinverbindlicherklärungen oder auch die Ausweitung des Entsendegesetzes. Für die Branchen und Berufe, für die keine angemessene tarifliche Regelung vereinbart werden kann, sollten dann laut WSI verbindliche gesetzliche Definitionen sozial akzeptabler Mindeststandards vorgenommen werden, beispielsweise durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

* Reinhard Bispinck, Thorsten Schulten: Deutschland vor dem tarifpolitischen Systemwechsel? In: WSI-Mitteilungen 08/2005, Schwerpunktheft „Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Aufgaben für die Zukunft“

Beschäftigte	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
West	76	73	70	71	70	70	68
Ost	63	57	55	56	55	54	53
Betriebe							
West	53	47	48	48	46	46	43
Ost	33	26	27	28	24	26	23

Quelle: IAB-Betriebspanel

	Lohnentwicklung			Verteilungsspielraum ⁴	Verteilungsbilanz	
	Tarif-Löhne ¹	Effektiv-Löhne ²	Lohndrift ³		Tarifpolitisch ⁵	Effektiv ⁶
1995	4,6	4,3	-0,3	4,3	0,3	0,0
1996	2,4	2,9	0,5	3,9	-1,5	-1,0
1997	1,5	1,1	-0,4	4,4	-2,9	-3,3
1998	1,8	1,3	-0,5	2,1	-0,3	-0,8
1999	3,0	2,3	-0,7	2,0	1,0	0,3
2000	2,4	2,9	0,5	4,0	-1,6	-1,1
2001	2,1	2,7	0,6	3,7	-1,6	-1,0
2002	2,7	2,1	-0,6	3,0	-0,3	-0,9
2003	2,5	1,6	-0,9	2,2	0,3	-0,6
2004	2,0	0,1	-1,9	2,4	-0,4	-2,3

1 Tarifierhöhungen in % gegenüber dem Vorjahr.

2 Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

3 Differenz zwischen der Erhöhung der Tarif- und der Effektivlöhne in Prozentpunkten.

4 Summe aus Erhöhung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde und der Erhöhung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

5 Differenz zwischen der Erhöhung der Tariflöhne und dem Verteilungsspielraum in Prozentpunkten.

6 Differenz zwischen der Erhöhung der Effektivlöhne und dem Verteilungsspielraum in Prozentpunkten.

Quellen: WSI-Tarifarchiv, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter des WSI-Tarifarchivs
Tel.: 0211-7778-232
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Dr. Thorsten Schulten
Referent für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa
Tel. : 0211-7778-239
E-Mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

11.08.2005

Europäischer Tarifbericht für 2005

Anstieg der deutschen Lohnkosten erneut unterdurchschnittlich

Im Jahr 2005 werden die Lohnkosten in Deutschland voraussichtlich um 0,5 Prozent wachsen. Die Bundesrepublik verzeichnet den geringsten Anstieg unter den EU-Ländern und bleibt deutlich unter dem voraussichtlichen durchschnittlichen Wachstum in der Europäischen Union von 2,8 Prozent (vgl. Tabelle). Damit setzt sich ein Trend aus den vergangenen Jahren fort. Zu diesem Ergebnis gelangt das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in seinem aktuellen Europäischen Tarifbericht.* Bei den Lohnkosten werden sowohl die Entwicklung der Löhne und Gehälter als auch die sogenannten Lohnnebenkosten berücksichtigt.

Nach Auswertung von Prognosedaten der Europäischen Kommission erwartet das WSI im Jahr 2005 für die Mehrzahl der westeuropäischen Staaten einen Anstieg der Lohnkosten zwischen 3 und 4 Prozent. Mit Werten zwischen 4 und 8 Prozent fällt der Lohnkostenanstieg in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten hingegen deutlich höher aus. Das dokumentiert den anhaltenden ökonomischen Aufholprozess in diesen Ländern.

Die Lohnentwicklung in Deutschland habe sich in den letzten Jahren mit extrem niedrigen Lohnsteigerungsraten regelrecht von der Entwicklung in den europäischen Nachbarstaaten abgekoppelt, analysiert der WSI-Tarifexperte Dr. Thorsten Schulten. Eine positive Wirkung auf den deutschen Arbeitsmarkt sei dabei nicht zu beobachten: „Es fällt auf, dass Deutschland nicht nur bei den Löhnen, sondern auch bei Wachstum und Beschäftigung die europäische Schlusslichtposition einnimmt“, so Schulten.

*Thorsten Schulten, *Europäischer Tarifbericht des WSI – 2004/2005*, in: *WSI-Mitteilungen Nr. 7/2005*. Download unter:
[http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2005_07_schulten\(1\).pdf](http://www.boeckler.de/pdf/wsimit_2005_07_schulten(1).pdf)

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Thorsten Schulten
WSI-Tarifarchiv
Tel.: 0211-7778-239
E-Mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

**Entwicklung der Lohnkosten*
in der Europäischen Union 2004-2005, in %**

	2004	2005
Belgien	2,5	2,2
Dänemark	3,3	3,3
Deutschland	0,1	0,5
Finnland	3,9	4,1
Frankreich	3,1	2,8
Griechenland	5,7	5,9
Großbritannien	3,9	4,7
Irland	5,7	5,0
Italien	2,9	3,0
Luxemburg	3,2	3,0
Niederlande	2,5	0,7
Österreich	2,9	2,5
Portugal	3,0	3,1
Schweden	3,4	3,5
Spanien	4,0	3,7
EU 15	2,5	2,7
Estland	6,4	6,1
Lettland	16,5	8,0
Litauen	10,0	7,9
Malta	-0,5	1,4
Polen	4,6	4,1
Slowakei	10,8	7,1
Slowenien	6,0	5,0
Tschechien	5,5	6,5
Ungarn	9,7	7,0
Zypern	3,8	4,5
EU 25	2,8	2,8

* Bruttolöhne und -gehälter plus Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers, Steigerung gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2004/2005

12.07.2005

Tarifrunde 2005 – Halbjahresbilanz

Durchschnittlicher Tarifzuwachs knapp über der Inflationsrate

Für die Beschäftigten in Deutschland hat die Lohnrunde im ersten Halbjahr 2005 im Durchschnitt Tariferhöhungen knapp über der Inflationsrate gebracht. Dies ergibt sich aus der Halbjahresbilanz*, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung heute in Düsseldorf vorgelegt hat. Deutlich höhere Tarifabschlüsse gab es lediglich in der Stahlindustrie und in der chemischen Industrie. Dort liegen die Tariferhöhungen erheblich über der Preissteigerungsrate. In zahlreichen Tarifbereichen wurden dagegen nach „Nullmonaten“ und Pauschalzahlungen relativ geringe Lohn- und Gehaltserhöhungen vereinbart (vgl. Übersicht).

Berücksichtigt man auch die Abschlüsse aus dem Jahr 2004 mit Tarifsteigerungen für dieses Jahr, errechnet sich für 2005 eine vorläufige jahresbezogene Steigerung der tariflichen Grundvergütungen von durchschnittlich 1,8 Prozent (vgl. Tabelle). Der gesamtwirtschaftliche kostenneutrale Verteilungsspielraum von rund 3 Prozent (errechnet aus der voraussichtlichen Inflationsrate von 1,7 Prozent und der Steigerung der Arbeitsproduktivität von 1-1,3 Prozent) wird damit nicht ausgeschöpft.

Im ersten Halbjahr 2005 schlossen die DGB-Gewerkschaften für rund 4,4 Mio. Beschäftigte neue Lohn- und Gehaltstarifverträge ab. Vielfach wurden in den Tarifabschlüssen auch neue Öffnungsklauseln und Einschnitte in manteltarifliche Regelungen und Leistungen vereinbart. Im Bauhauptgewerbe wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 39 auf 40 Stunden vereinbart. In der Druckindustrie blieb die 35-Stunden-Woche erhalten.

Tarifsteigerung 2005¹⁾

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	0,9	0,5	0,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,3	2,5	1,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,0	3,3	2,1
Investitionsgütergewerbe	1,8	1,9	1,8
Verbrauchsgütergewerbe	1,5	1,6	1,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1,8	2,3	1,9
Baugewerbe ²⁾	1,7	1,7	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,8	2,6	1,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,9	1,9	1,9
Private Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	1,8	1,9	1,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung ³⁾	1,0	2,3	1,2
Gesamte Wirtschaft	1,8	2,1	1,8

1 Jahresbezogene Erhöhung 2005 gegenüber 2004.

2 Ohne Abschluss Bauhauptgewerbe wegen laufender Erklärungsfrist.

3 Ohne Abschluss Öffentlicher Dienst wegen neuer Entgeltstruktur.

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2005 Stand: 20.6.2005

* R. Bispinck/WSI-Tarifarchiv, Tarifpolitischer Halbjahresbericht 2005, in: WSI-Mitteilungen 7/2005.

Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2005

Abschluss	Tarfbereich	Ergebnis
09.02.2005	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden West und Ost	Einmalzahlung von je 300 € in 2005, 2006 und 2007 neue, einheitliche Entgeltstruktur für ArbeiterInnen und Angestellte ab 10/2005
28.02.2005	Deutsche Bahn AG	nach 4 Nullmonaten (März bis Juni) jew. 50 € Pauschale für Juli 2005 - Juni 2007 1,9 % zum 30.06.07
14.03.2005	Holz- und Kunststoff verarbeitende Industrie Baden-Württemberg	40 € Pauschale für April 1,54 % ab 05/2005 bis 03/2006
26.04.2005	Privates Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen	nach 8 Nullmonaten (August 2004 bis März 2005) 2,9 % ab 04/2005 bis 04/2006 (Sonderregelung für Kraftfahrer)
03.05.2005	Textilindustrie Ost	400 € Pauschale insg. für Mai 2005 bis Oktober 2006 1,8 % Erhöhung ab 11/2006 bis 03/2007
11.05.2005	Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	500 € insg. Pauschale für 04 - 08/2005 3,5 % ab 09/2005 bis 08/2006
19.05.2005	Stahlindustrie Ost	Abschluss wie West
31.05.2005	Kfz-Gewerbe Baden-Württemberg	95 € Pauschale insg. für März bis Mai 2005 1,5 % ab 06/2005 bis 02/2006
02.06.2005	Steinkohlenbergbau West	400 € Pauschale insg. für Mai 2005 bis Dezember 2006 1,5 % ab 01/2007 bis 12/2007
16.06.2005	Druckindustrie	340 € Pauschale insg. für April 2005 bis März 2006, 1,0 % ab 04/2006 bis 03/2007
16.06.2005	Chemische Industrie West	2,7 % Erhöhung regional unterschiedlich ab 06/07/08/2005 für 19 Monate Einmalzahlung von 1,2 % bezogen auf die Laufzeit spätestens zum Februar 2006
21.06.2005	Bauhauptgewerbe	Nach 17 (Ost: 24) Nullmonaten Pauschale (für West u. Berlin-Ost) 30 € jew. für 09/2005 - 03/2006 1,0 % ab 04/2006 bis 03/2007 (Erklärungsfrist bis 29.7.2005)

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 07/2005

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter des WSI-Tarifarchivs
Tel.: 0211-7778-232
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

www.lohnspiegel.de - europäisches Forschungsprojekt
Kostenloser Lohn- und Gehalts-Check im Internet startet

Was verdient eine Bürokauffrau? Wie hoch ist das Gehalt eines Maschinenbau-technikers? Wie viel Geld erhält eine Verkäuferin? Und was bekommt ein Elektro-nikingenieur? Auf diese Fragen gibt ab sofort der LohnSpiegel Auskunft. Beim LohnSpiegel handelt es um einen neuen, kostenlosen Lohn- und Gehalts-Check im Internet. Eine erste Startversion steht jetzt im Netz unter der Adresse www.lohnspiegel.de zur Verfügung.

Die Startversion des LohnSpiegels listet für zunächst rund 20 Berufe und Tätigkeiten die tatsächlich gezahlten Stundenlöhne bzw. Monatsgehälter auf. Der Lohn-Spiegel informiert über die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen in den einzelnen Berufen. Er beziffert die Einkommensunterschiede je nach Berufserfahrung und Betriebsgröße und zwischen West- und Ostdeutschland. Außerdem zeigt der LohnSpiegel, wie sich die Tarifbindung des Betriebs für die Beschäftigten bemerkbar macht, etwa beim Urlaubsgeld. Die Berechnungen basieren auf den Einkommensangaben von mehr als 19.000 Beschäftigten, die in den vergangenen 8 Monaten einen Online-Fragebogen ausgefüllt haben.

Einige Beispiele:

- Eine **Bürokauffrau** in Westdeutschland verdient mit einer Berufserfahrung von bis zu 10 Jahren in einem mittleren Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten im Monat durchschnittlich 1.704 €. Bei längerer Berufserfahrung steigt das Einkommen auf 1.996 €. In Betrieben über 500 Beschäftigte erreicht sie im Schnitt 2.228 €.
- Ein **Maschinenbauingenieur** verdient in einem westdeutschen Kleinbetrieb ohne längere Berufserfahrung im Schnitt 2856 €. Hat er eine Berufserfahrung von mehr als 20 Jahren, steigt sein monatliches Gehalt auf 4.507 €. Arbeitet er zusätzlich noch in einem Großbetrieb mit mehr als 500 Beschäftigten und hat eine Vorgesetztenfunktion steigt sein Einkommen auf durchschnittlich 4.951 €.
- Eine **Sozialarbeiterin** in Ostdeutschland (kleine Einrichtung, geringe Berufserfahrung) verdient im Schnitt 1.862 €. Ihre Kollegin im Westen erhält dagegen 2.234 €. Ihr männlicher Kollege im Westen erhält mit 2.510 € noch einmal deutlich mehr. Auch hier führt eine lange Berufserfahrung noch mal zu einer Einkommenssteigerung auf 2.877 €.
- Ein westdeutscher **Elektrotechniker** verdient mit durchschnittlich 2.200 € deutlich mehr als sein ostdeutscher Kollege mit 1.838 €. Bei langer Berufserfahrung und in größeren Betrieben steigt das durchschnittliche Monatseinkommen im Westen auf 3.499 € und im Osten 2.923 €.
- Mehr als die Hälfte (57 Prozent) arbeiten in Firmen **mit Tarifvertrag**. Ein Umstand, der sich zum Beispiel beim Urlaubsgeld positiv bemerkbar macht: Drei von vier Beschäftigten in tarifgebundenen Firmen erhalten ein Urlaubsgeld, in

Firmen ohne Tarifbindung bekommt nur jeder Dritte einen Zuschuss zur Reisekasse. Beim Weihnachtsgeld sieht es ähnlich aus.

In den nächsten Wochen und Monaten soll der LohnSpiegel Schritt für Schritt ausgebaut werden. Zu diesem Zweck werden weitere Daten aus einem möglichst breiten Spektrum von Berufen benötigt. Der Fragebogen steht online unter www.lohnspiegel.de zur Verfügung. Alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen können sich beteiligen. Unter den Teilnehmern werden wertvolle Preise verlost.

Der LohnSpiegel wird vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betreut und ist Teil eines internationalen Projekts, das zurzeit in neun europäischen Ländern durchgeführt und von der Europäischen Kommission gefördert wird. In Deutschland wird der LohnSpiegel vom DGB und seinen Gewerkschaften unterstützt. Darüber hinaus besteht eine Medienkooperation mit dem „Stern“ und der „Süddeutschen Zeitung“, die den Lohnspiegel in ihrem Internetangebot präsentieren. Er ist zu finden unter <http://www.stern.de/wirtschaft> (EXTRAS) und unter <http://lohnspiegel.sueddeutsche.de>.

Ansprechpartner in der Hans Böckler Stiftung
--

<p>Dr. Reinhard Bispinck Leiter des WSI-Tarifarchivs Tel.: 0211-7778-232 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de</p>	<p>Rainer Jung Leiter Pressestelle Tel.: 0211-7778-150 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de</p>
--	--

<p>Dr. Heiner Dribbusch Tel.: 0211/7778-217 Heiner-Dribbusch@boeckler.de</p>
--

29.06.2005

Betriebsräte sehen zunehmende „Verbetrieblichung“ skeptisch **Tarifverträge: 75 Prozent der Betriebe nutzen Flexi-Möglichkeit**

Drei von vier tarifgebundenen Betrieben in Deutschland nutzen inzwischen die Möglichkeiten der Flächentarifverträge, von Standards abzuweichen und bei Arbeitszeit und Einkommen betriebsspezifische Lösungen auszuhandeln. Das zeigen die Ergebnisse der neuen Betriebsräteumfrage 2004/2005 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Die Flächentarifverträge erweisen sich damit als sehr flexibel: Gegenüber der letzten Befragung von 2002 hat sich der Anteil der Betriebe etwa verdoppelt, die eine oder mehrere „Differenzierungs-“ oder „Öffnungsklauseln“ anwenden und so auf besondere Situationen reagieren.

Der Löwenanteil der betrieblichen Sonderregelungen betrifft die Arbeitszeit. So sind derzeit in 51 Prozent aller tarifgebundenen Betriebe variable Arbeitszeiten vereinbart, die von den Standardregelungen im Tarifvertrag abweichen. Bei 26 Prozent gelten Arbeitszeitverlängerungen und bei 15 Prozent befristete Arbeitszeitverkürzungen.

Auch Abweichungen beim Entgelt sind keine Seltenheit mehr: 19 Prozent der Betriebe zahlen beispielsweise an neu Eingestellte befristet niedrigere Einstiegstarife. 17 Prozent haben die Jahressonderzahlung gekürzt oder ausgesetzt, sechs Prozent das Urlaubsgeld. In 12 Prozent der Betriebe wurden Tariferhöhungen befristet ausgesetzt.

Die zunehmende Erfahrung mit betrieblichen Regelungen überzeugt die Betriebsrätinnen und Betriebsräte allerdings nicht von diesem Konzept. Eher im Gegenteil: Viele Belegschaftsvertreter sehen die zunehmende „Verbetrieblichung“ der Tarifpolitik skeptisch. 53 Prozent finden sie „generell problematisch“, weitere 30 Prozent sehen sie „zweispältig“. Lediglich 12 Prozent nennen die Entwicklung „begrüßenswert“. Im Vergleich zu 2002 ist der Anteil der positiven Bewertungen leicht gesunken.

Auch die Antworten auf vertiefte Nachfragen im WSI-Frageleitfaden zeigen, dass viele Betriebsräte wenig von Ideen halten dürften, Verhandlungen über wichtige Regelungen bei den Arbeitsbedingungen noch stärker von den Tarifparteien weg in die einzelnen Betriebe zu verlagern. So stimmt

eine große Mehrheit von 81 Prozent der Auffassung zu, dass die Dezentralisierung den Arbeitgebern eher die Möglichkeit gibt, ihre Interessen durchzusetzen. Lediglich 48 Prozent meinen hingegen, dass sie den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Betrieben besser gerecht würde - 49 Prozent bestreiten das. Ebenfalls 48 Prozent der Betriebsräte geben sogar an, sie fühlten sich durch die Dezentralisierung überfordert.

Weitere Informationen und Grafiken im Böckler Impuls 11/2005. Abrufbar unter: www.boecklerimpuls.de

Ausführliche Analyse: Reinhard Bispinck, Betriebsräte, Arbeitsbedingungen und Tarifpolitik. In: WSI-Mitteilungen 6/2005

Ansprechpartner in der Hans Böckler Stiftung

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter des WSI-Tarifarchivs
Tel.: 0211-7778-232
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

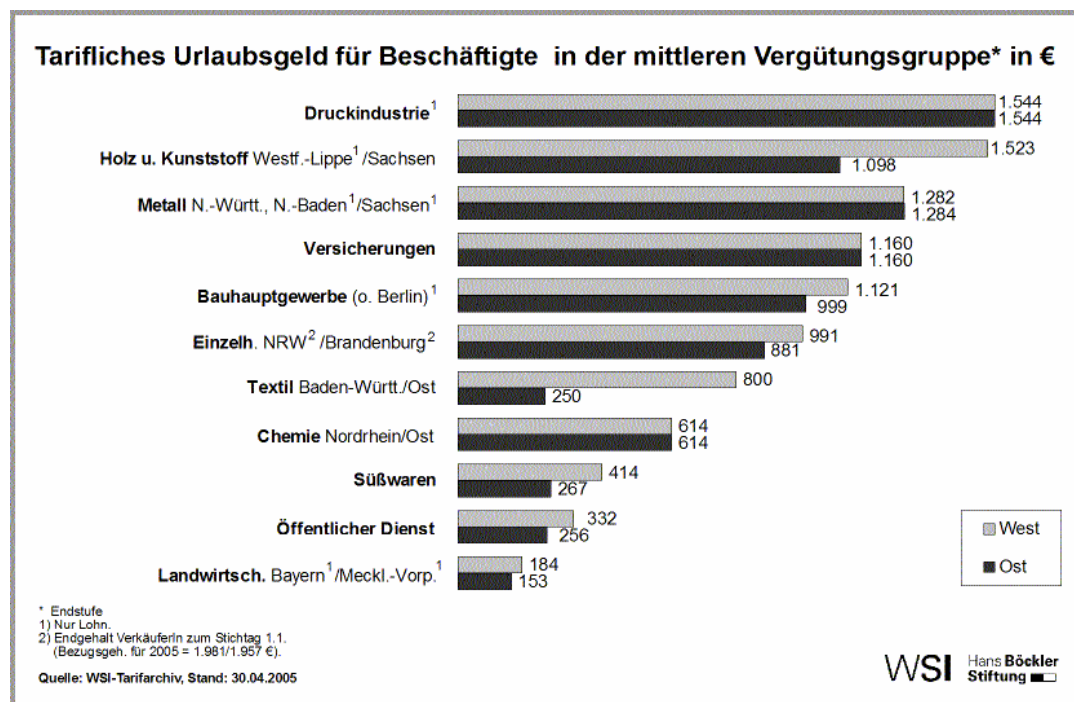
Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

07.06.2005

Überblick über 22 Wirtschaftszweige

Tarifliches Urlaubsgeld: Zwischen 153 und 1803 Euro für die Reisekasse

Das tarifliche Urlaubsgeld wird auch in diesem Jahr die Urlaubskasse der meisten Beschäftigten aufbessern. Sicher ist dies aber nur, wenn der Tarifvertrag eine entsprechende Zahlung vorsieht. 90 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben erhalten ein tariflich vereinbartes Urlaubsgeld. Für manche fällt es jedoch mager aus, wie das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung zeigt. Je nach Branche und Region erhalten Beschäftigte in der mittleren Lohn- und Gehaltsgruppe in diesem Jahr zwischen 153 und 1.803 Euro tarifliches Urlaubsgeld (ohne Berücksichtigung von Zulagen/Zuschlägen bezogen auf die Endstufe der Urlaubsdauer). Am wenigsten Geld für die Reisekasse bekommen Beschäftigte in der Landwirtschaft und im Öffentlichen Dienst, die höchsten Zahlungen erhalten Arbeitnehmer in der Druckindustrie, in der Holz- und Kunststoffverarbeitung sowie in der Metallindustrie. Untersucht wurden insgesamt 22 Wirtschaftszweige (siehe Grafiken und Tabellen). Im Osten ist das Urlaubsgeld meist niedriger als in Westdeutschland.



Hinweis: 1803 Euro erhalten Angestellte der Holz- und Kunststoffindustrie (s. Tab. 1). In der Grafik ist der Wert für Arbeiter angegeben, weil sie in der Branche die meisten Beschäftigten stellen.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter WSI-Tarifarchiv
Tel.: 02 11-77 78-232
Fax: 02 11-77 78-250
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 02 11-77 78-150
Fax: 02 11-77 78-120
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Tariflicher Urlaub und Urlaubsgeld West 2005*

Tarifbereich	Personen- gruppe	Urlaub in Arbeitstagen	Urlaubsgeld- anspruch	Urlaubsgeld mittl. Gruppe _E in €
Landwirtschaft Bayern	Arb. Ang.	22 - 25 20 - 30	7,36 €/UT ¹ 6,75 €/UT ¹	184 202,50
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	AN	30	-	-
Steinkohlenbergbau Ruhr	Arb. Ang.	30 30	156 € 156 €	156 156
Eisen- und Stahlindustrie NRW	Arb. Ang.	30 30	110 % ME ² 110 % ME ²	1.794 ² 2.006 ²
Chemische Industrie Nordrhein	AN	30	20,45 €/UT	613,50
Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden	Arb. Ang.	30 30	50 % UE 50 % UE	1.282 1.472
Kfz-Gewerbe NRW	AN	30	50 % UE	1.162 ³
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	Arb. Ang.	30 30	56 % UE 56 % UE	1.523 1.803
Papier verarbeitende Industrie Bundesgebiet West Westfalen	Arb. Ang.	30 30	50 % UE 50 % UE	1.296 ⁴ 1.611 ⁴
Druckindustrie Bundesgebiet West NRW	Arb. Ang.	30 30	50 % des Tages- verdienstes/UT “	1.544 ⁴ 1.544 ⁴
Textilindustrie Baden-Württemberg	Arb./ Ang.	30	441 - 800 €	441 - 800
Bekleidungsindustrie Bayern	Arb./Ang.	30	396 - 526 €	396 - 526
Süßwarenindustrie	AN	30	13,80 €/UT	414
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-West)	Arb. Ang.	30 30	30 % UE 28,12 €/UT	1.120,75 ⁵ 843,60 ⁵
Großhandel NRW	Arb. Ang.	30 30	643,56 €	643,56
Einzelhandel NRW	Arb./Ang.	25 - 30	50 % ME ⁶	991
Deutsche Bahn AG Konzern ⁷	AN	25 - 29	409,03 €	409,03
Bankgewerbe	AN	30	-	-
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	AN	30	50 % ME	1.159,50
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern	AN	24 - 30	6,30 - 7,40 €/UT	189 - 222
Gebäudereinigerhandwerk West	Arb.	28 - 30 ⁸	-	-
Öffentlicher Dienst	Arb. Ang.	26 - 30	332,34 € 255,65/ 332,34€ ⁹	332,34 255,65/ 332,34 ⁹

1) In Betrieben mit 5 AT/W.

2) Inkl. Weihnachtsgeld, Jahresabschlussvergütungen etc.

3) Stand: 28.02.05.

4) Stand: 31.03.05.

5) Stand: 31.03.04.

6) Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar (Bezugsgehalt für 2005 = 1.981 €).

7) Hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG.

8) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.

9) Staffel nach Vergütungsgruppen (obere/mittlere und untere).

Tariflicher Urlaub und Urlaubsgeld Ost 2005*

Tarfbereich	Personen- gruppe	Urlaub in Arbeitstagen	Urlaubsgeld- anspruch	Urlaubsgeld mittl. Gruppe _E in €
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	Arb./Ang.	20 - 30	5,11 €/UT	153,30
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU)	AN	30	-	-
Eisen- und Stahlindustrie	Arb. Ang.	30 30	110 % ME ¹ 110 % ME ¹	1.794 ¹ 2.006 ¹
Chemische Industrie	AN	30	20,45 €/UT	613,50
Metallindustrie Sachsen	Arb. Ang.	30 30	50 % UE 50 % UE	1.284 1.578
Kfz-Gewerbe Thüringen	AN	28	50 % UE	1.106
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen	AN	28	50 % UE	1.098 ²
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	Arb. Ang.	30 30	50 % UE 2,3 % ME/UT	1.290 ³ 1.497 ³
Druckindustrie Bundesgebiet Ost	Arb.	30	50 % des Tages- verdienstes/UT	1.544 ³
Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	Ang.	30	"	1.632 ³
Textilindustrie Bundesgebiet Ost	Arb./Ang.	30	250 €	250
Süßwarenindustrie	AN	26 - 29	9,20 €/UT	266,80
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-Ost)	Arb. Ang.	30 30	30 % UE 28,12 €/UT	999,25 ⁴ 843,60 ⁴
Großhandel Sachsen-Anhalt	Arb. Ang.	30 30	332,34/ 409,03 €	332,34/ 409,03
Einzelhandel Brandenburg	Arb./Ang.	25 - 30	45 % ⁵	881
Deutsche Bahn AG Konzern⁶	AN	25 - 29	409,03 €	409,03
Bankgewerbe	AN	30	-	-
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	AN	30	50 % ME	1.159,50
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	AN	23 - 30	4,98 - 6,32 €/UT	149,40 - 189,60
Gebäudereinigerhandwerk Ost	Arb.	28 - 30 ⁷	-	-
Öffentlicher Dienst	Arb./Ang.	26 - 30	255,65 €	255,65

ME = Monatsentgelt UE = Urlaubsentgelt UT = Urlaubstage

* Ohne Berücksichtigung von abweichenden Regelungen für Auszubildende.

1) Inkl. Weihnachtsgeld, Jahresabschlussvergütungen etc.

2) Stand: 28.02.05.

3) Stand: 31.03.05.

4) Stand: 31.03.04.

5) Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar (Bezugsgehalt für 2005 = 1.957 €).

6) Hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG.

7) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.

17.05.2005

WSI-Tarifhandbuch 2005:

Tarifpolitik fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern

In einer Vielzahl von Tarifverträgen gibt es konkrete Bestimmungen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur beruflichen Gleichstellung von Frauen und Männern. Trotzdem bleiben noch erhebliche Defizite. „Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände schöpfen die Möglichkeiten der Tarifpolitik bei weitem nicht aus“, sagte der Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung, Dr. Reinhard Bispinck. Gleichstellung und Vereinbarkeit sind das Schwerpunktthema im aktuellen WSI-Tarifhandbuch 2005, das Bispinck in Berlin vorstellte.

Positive Einzelregelungen zu Gleichstellung und Vereinbarkeit reichen von der allgemeinen Zielsetzung, Frauen bei Einstellungen oder Beförderungen die gleichen Chancen zu einzuräumen, bis zu konkreten Anforderungen, bei Bedarf die individuelle Arbeitszeit an die Öffnungszeiten von Einrichtungen zur Kinderbetreuung anzupassen (siehe Tabelle und Beispielsammlung).

Die Mehrzahl dieser Regelungen, das ergibt die WSI-Analyse im Tarifhandbuch*, stammen aus den neunziger Jahren. „In letzter Zeit ist eher ein beunruhigender tarifpolitischer Stillstand festzustellen“ bilanzierte Dr. Reinhard Bispinck. „Wir brauchen einen neuen tarifpolitischen Aufbruch in Sachen Gleichstellung und Familienfreundlichkeit“, forderte der WSI-Tarifexperte. Es sei wichtig, dass Regelungen zur Gleichstellung und zur Familienfreundlichkeit in mehr Tarifverträge aufgenommen würden. Gleichzeitig sei eine höhere Rechtsverbindlichkeit nötig.

Positive Regelungsbeispiele zur Gleichstellung aus einzelnen Tarifverträgen:

- „*Entscheidendes Ziel ist, dass die Frauen in der Lage sind, ihre Berufschancen in gleicher Weise wie die Männer zu realisieren. Gerade im Bereich der Führungspositionen ist bei Einstellungen ebenso wie bei Beförderungen darauf zu achten, dass Frauen die gleichen Chancen wie Männer erhalten.*“ (Chemische Industrie)
- Die Tarifparteien wollen „*durch eine Sicherung der Chancengleichheit von Männern und Frauen und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Betrieben zur Förderung der Berufstätigkeit und der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere von Frauen beitragen.*“ (Bankgewerbe)
- Die Personalpolitik „*soll dazu dienen, auf eine ausgewogene Struktur der Beschäftigtenanteile von Männern und Frauen hinzuwirken.*“ (Deutsche Telekom AG)
- „*Im Rahmen der Aus- Fort- und Weiterbildung werden Frauen in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, besonders gefördert.*“ (Deutsche Bahn AG)
- In Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen, die auf Vorgesetztenpositionen vorbereiten, „*ist die Thematik ‚Gleichberechtigung von Mann und Frau‘ aufzunehmen.*“ (Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH)

Positive Beispiele zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- ArbeitnehmerInnen während der Kindererziehungszeit soll Gelegenheit gegeben werden, „an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen und kurzfristige Vertretungen zu übernehmen“. (Metallindustrie Bayern)
- Wenn Beschäftigte, deren Kinder in Kindertagesstätten oder bei Tagesmüttern untergebracht sind, Beginn und Ende ihrer Arbeitszeit flexibel gestalten wollen, „so ist dem im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten Rechnung zu tragen“. (Metallindustrie Nordwürttemberg-Nordbaden)
- Der Arbeitgeber hat „bei der Anordnung von Mehrarbeit auf berechnete Belange des Arbeitnehmers Rücksicht zu nehmen, insbesondere im Hinblick auf unbeaufsichtigte Kinder“. (Einzelhandel NRW)

Tarifliche Regelungen zur Gleichstellung und Familienfreundlichkeit

Gleichstellung von Frauen und Männern	Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Geschlechtsneutrale Stellenausschreibung und gleiche Chancen bei der Stellenbesetzung	Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitarbeit und umgekehrt
gleiche Chancen beim innerbetrieblichen Aufstieg/ Aufstellen eines Frauenförderplans mit dem Ziel, Unterrepräsentation von Frauen zu überwinden	Schutz vor familienunfreundlicher Arbeitszeitlage am Abend und am Wochenende, wenn Kinderversorgung dies notwendig macht
gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen und Männern in Weiterbildung/ Weiterbildungsangebote unter frauenfreundlichen Rahmenbedingungen	Anpassung der Arbeitszeit an Zeiten der Kinderbetreuung
partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz	Gleichbehandlung von Teilzeitbeschäftigten
Analyse des betrieblichen Ist-Zustandes bezüglich der Eingruppierung und Besetzung hierarchischer Positionen	Freistellungen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit von Angehörigen
Sensibilisierung von Führungskräften für Gleichstellungsthemen	Tarifliche Elternzeit /Weiterbildung während der Elternzeit
Berufung von Frauenbeauftragten	alternierende Telearbeit

Quelle: WSI-Tarifarchiv

* Christina Klenner, Gleichstellung von Frauen und Männern und Vereinbarkeit von Familie und Beruf - Eine Analyse von tariflichen Regelungen in ausgewählten Tarifbereichen, in: WSI-Tarifhandbuch 2005, Frankfurt/Main, S. 41 - 65.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck
 Leiter WSI-Tarifarchiv
 Tel.: 02 11-77 78-232
 Fax: 02 11-77 78-250
 E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
 Leiter Pressestelle
 Tel.: 02 11-77 78-150
 Fax: 02 11-77 78-120
 E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

WSI

11.05.2005

Untersuchung des WSI-Tarifarchivs

Entsendegesetz: Hohe Hürden in 34 von 40 Wirtschaftsbereichen

Die Ausweitung des Entsendegesetzes wird nach Einschätzung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) in der Praxis nur schwer umzusetzen sein. „Der Ansatz geht in die richtige Richtung, um Mindestlöhne abzusichern“, sagte der WSI-Tarifexperte, Dr. Reinhard Bispinck, anlässlich der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs im Bundeskabinett. „Doch damit er wirklich greifen kann, müssten große Lücken in der Tariflandschaft geschlossen werden.“

Wie groß sie sind, zeigt eine Untersuchung des WSI: Die tariflichen Mindestlöhne können nur in Branchen für allgemeinverbindlich erklärt werden, die über bundesweit geltende Flächentarifverträge verfügen. Die gibt es in vielen Branchen jedoch nicht. Nach Angaben von Bispinck bestehen lediglich in sechs von 40 untersuchten Wirtschaftszweigen praktisch bundesweit geltende Tarifverträge: Bei Banken, im Bauhauptgewerbe, Dachdeckerhandwerk, Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, Maler- und Lackiererhandwerk, sowie bei Versicherungen.

In 34 Branchen, in denen ein Großteil der in Deutschland Beschäftigten arbeitet, gibt es dagegen eine Vielzahl regionaler Lohn- und Gehaltstarifverträge. Diese Vielfalt macht die bundesweite Vereinbarung von Mindestlöhnen sehr aufwendig. In einigen Branchen decken die Verträge nicht einmal das gesamte Bundesgebiet ab. Dazu zählen unter anderem die Bekleidungsindustrie, das Bewachungsgewerbe, das Fleischerhandwerk, das Hotel- und Gaststättengewerbe, verschiedene Metallhandwerke und die Obst- und Gemüseindustrie. „Es muss ernsthaft bezweifelt werden, ob die Arbeitgeberverbände in allen Wirtschaftszweigen ohne weiteres bereit sind, ergänzend Tarifverträge für branchenbezogene Mindestlöhne abzuschließen“, sagte Bispinck.

Zusätzlichen Bedarf für Korrekturen sieht der Experte in jenen Wirtschaftszweigen, in denen die unteren tariflichen Lohngruppen mit Beträgen zwischen vier und sieben Euro pro Stunde deutlich unterhalb der Armutsschwelle liegen (vgl. Tabelle). „Da müssen die Tariflöhne angehoben werden“, so Bispinck. Das mache eine Kooperation der Arbeitgeber noch unwahrscheinlicher. Angesichts der absehbaren Schwierigkeiten plädiert das WSI dafür, die Erweiterung des Entsendegesetzes durch einen gesetzlichen Mindestlohn zu flankieren. „Nur durch ein solches ‚Zwei-Säulen-Konzept‘ können Armutslöhne wirkungsvoll bekämpft werden“, so Tarifexperte Bispinck. Damit würde Deutschland dem Beispiel vieler europäischer Nachbarländer folgen. Gesetzliche Mindestlöhne gibt es etwa in Großbritannien (7,09 Euro), Frankreich (7,61 Euro), den Niederlanden (7,90 Euro) und Luxemburg (8,48 Euro).

Unterste Tarifvergütungen in ausgewählten Tarifbereichen in Euro

Tarifbereich	Beschäftigte	Betrag
Bewachungsgewerbe Thüringen (Revierwachdienst)	Arbeiter/in	4,75
Einzelhandel Mecklenburg-Vorpommern	Arbeiter/in	6,71
Erwerbsgartenbau Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	Arbeiter/in	6,90
Fleischerhandwerk Thüringen	Arbeitnehmer/in	5,49
Floristik West	Arbeitnehmer/in	5,94
Friseurhandwerk Nordrhein-Westfalen	Arbeitnehmer/in	4,93
Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau West	Angestellte/r	5,59
Gebäudereinigerhandwerk Mecklenburg-Vor- pommern, Sachsen, Thüringen	Arbeiter/in	6,36
Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein- Westfalen	Arbeitnehmer/in	5,18
Landwirtschaft Pfalz	Arbeiter/in	4,71
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Mecklenburg-Vorpommern	Arbeiter/in	3,91
Schlosser-, Mechanikerhandwerk Mecklenburg-Vorpommern	Arbeiter/in	5,32

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Mai 2005

Weitere Informationen zu Tariflöhnen und -gehältern: <http://www.tarifspiegel.de>

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck
Leiter WSI-Tarifarchiv
Tel.: 02 11-77 78-232
Fax: 02 11-77 78-250
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 02 11-77 78-150
Fax: 02 11-77 78-120
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

19.04.2005

Ausbildungsvergütungen: Große Unterschiede nach Branchen und Regionen

In Paragraph 10 des Berufsbildungsgesetzes heißt es: „Der Auszubildende hat dem Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren. Sie ist nach dem Lebensalter des Auszubildenden so zu bemessen, dass sie mit fortschreitender Berufsausbildung, mindestens jährlich, ansteigt.“ Dieser gesetzliche Anspruch wird in den Tarifverträgen ganz unterschiedlich umgesetzt. Die Ausbildungsvergütungen klaffen je nach Wirtschaftszweig und Tarifbereich weit auseinander. Das geht aus einer Auswertung hervor, die das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung heute in Düsseldorf veröffentlicht hat.

Im ersten Ausbildungsjahr reicht die Spanne von 327 Euro im privaten Verkehrsgewerbe Thüringen bis zu 763 Euro in der Druckindustrie. Im letzten (d.h. dritten bzw. vierten Ausbildungsjahr) beträgt die niedrigste Ausbildungsvergütung 436 Euro für Auszubildende im privaten Verkehrsgewerbe Thüringen, die höchste dagegen 1.222 Euro für die gewerblichen Auszubildenden im westdeutschen Bauhauptgewerbe (siehe Tabelle).

Die Auszubildenden erhielten im vergangenen Jahr in der Mehrzahl der Wirtschaftszweige höhere tarifliche Ausbildungsvergütungen gegenüber 2003. Bezogen auf das 3. Ausbildungsjahr lagen die Erhöhungen zwischen 0,7 % (Einzelhandel Brandenburg auf 693 Euro) und 9,5 % (Deutsche Bahn AG Ost auf 659 Euro). Die Anhebungen betragen in der Mehrzahl der Tarifbereiche zwischen 1,5 und 2,5 %. In 7 Tarifbereichen wurden die Ausbildungsvergütungen nicht erhöht. Das Ergebnis basiert auf einer Untersuchung von 26 Wirtschaftszweigen bzw. Tarifbereichen.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck,
Leiter WSI-Tarifarchiv
Tel.: 02 11-77 78-232
Fax: 02 11-77 78-250
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 02 11-77 78-150
Fax: 02 11-77 78-120
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

**Ausbildungsvergütungen der gewerblichen und kaufmännischen Auszubildenden¹
in ausgewählten Tarifbereichen West/Ost**

Tarifbereich	1. Ausbildungs- jahr	2. Ausbildungs- jahr	3. Ausbildungs- jahr	4. Ausbildungs- jahr	Erhöhung ge- genüber Dezem- ber 2003 im 3. Ausbildungsjahr %
	€	€	€	€	
Landwirtschaft ² Bayern ³	429/466	466/520	535/602	-	0,0
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern ³	450	485	550	-	0,0
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	605	693	783	872	2,2
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU) Ost	509	588	670	755	1,5
Steinkohlenbergbau Ruhr ⁴	494	555	616	677	0,8
Eisen- und Stahlindustrie NRW ⁵	619	640	677	722	3,0
Eisen- und Stahlindustrie Ost	619	640	677	722	3,0
Chemische Industrie Nordrhein	638	713	789	853	0,0
Chemische Industrie Ost	542	586	640	699	2,4
Shell Deutschland Oil GmbH West	715	777	853	928	2,0
Shell Deutschland Oil GmbH Ost	715	777	853	928	2,0
Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden ⁶	687	727	791	849	1,4
Metall- und Elektroindustrie Sachsen ⁷	644	690	747	786	1,5
Kfz-Gewerbe ² NRW	453/498	479/527	529/582	584/642	1,9/1,9
Kfz-Gewerbe Thüringen	385	431	487	532	1,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westf.-Lippe	584	622	674	-	1,4
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	462	500	537	-	1,5
Papier verarbeitende Industrie Westfalen	653	711	769	828 ⁸	2,3
Papier verarb.Ind. Sachs.-Anh., Thüringen, Sachsen	653	711	769	828	2,3
Druckindustrie West	763	814	865	916 ⁸	1,8
Druckindustrie Ost	763	814	865	916	1,8
Textilindustrie Baden-Württemberg	601	643	712	766	0,0
Textilindustrie Ost	477	516	575	628	5,1
Bekleidungsindustrie Bayern	497	545 (555)	620 (642)	-	0,0
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	579	649	736	800	2,2
Süßwarenindustrie Ost	508	590	671	732	2,6
Bauhauptgewerbe ⁹ West ohne Berlin-West ¹⁰	554 (549)	860 (765)	1.086 (999)	1.222 (-)	0,0
Bauhauptgewerbe Ost ohne Berlin-Ost ¹⁰	490 (484)	684 (609)	864 (796)	972 (-)	0,0
Großhandel NRW	636	702	767	-	1,1
Großhandel Sachsen-Anhalt	556	619	657	-	0,9
Einzelhandel NRW	604	672	768	819	1,1
Einzelhandel Brandenburg	537	605	693	-	0,7
Deutsche Bahn AG Konzern West ¹¹	608	658	709	759	6,0
Deutsche Bahn AG Konzern Ost ¹¹	565	612	659	706	9,5
Deutsche Post AG West ¹²	650	701	748	813	2,7
¹³	583	649	715	-	-
Deutsche Post AG Ost ¹²	650	701	748	813	2,7
¹³	583	649	715	-	-
Deutsche Telekom AG West	657	707	752	815	0,0
Deutsche Telekom AG Ost	657	707	752	815	0,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW ¹⁴	470	550	610	-	0,0
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen ¹⁵	327	382	436	-	1,5
Bankgewerbe West	706	763	818	-	3,0
Bankgewerbe Ost	706	763	818	-	3,0
Versicherungsgewerbe West	724	796	867	-	1,5
Versicherungsgewerbe Ost	724	796	867	-	1,5
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern ²	467/533	608	683	-	1,6
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	375	460	520	-	2,0
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: West ¹⁶ kaufm.: Berlin-West	500 (502)	600 (601)	700 (704)	-	- (-)
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: Mecklenb.- Vorp., Thüringen, Sachsen; Sachsen-Anhalt ¹⁶ kaufm.: Berlin-Ost	350 (502)	420 (601)	500 (704)	-	- (-)
Öffentlicher Dienst Bund, Länder, Gemeinden West	617	666	711	773	2,0
Öffentlicher Dienst Bund, Länder, Gemeinden Ost	571	616	658	715	3,8

Fußnoten zur Tabelle

- 1) Beträge auf volle € gerundet; bei unterschiedlichen Ausbildungsvergütungen Angaben für kaufm. Auszubildende in Klammern.
- 2) Ausbildungsvergütung unter 18./ab 18. Lebensjahr.
- 3) Stand 31.08.04, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 4) Für die Dauer der Untertageausbildung + 100 € mtl., für Auszubildende zum Bergmechaniker oder Berg- und Maschinenmann + 36 € mtl.
- 5) Auszubildende in den Berufen als Schmied, Former, Hüttenfacharbeiter und Metallhüttenarbeiter erhalten einen Zuschlag von 20,45 € mtl.
- 6) Auszubildende in den Berufen als Formschmied, Gesenkschmied, Kesselschmied und Former erhalten einen Zuschlag von 23,01 € mtl.
- 7) Auszubildende in den Berufen als Schmied/Former erhalten einen Zuschlag von 25,56/30,68 € mtl.
- 8) 4. Ausbildungsjahr gilt nur für gewerbliche Auszubildende.
- 9) Für Hamburg Sonderregelung.
- 10) Stand 31.03.04, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 11) Hier die Unternehmen DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 12) Für bis zum 01.04.04 eingestellte Ausz.
- 13) Für ab dem 01.04.04 eingestellte Ausz.
- 14) Stand 31.07.04, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 15) Eigene Berechnung.
- 16) Neuer bundesweiter Lohn-TV mit neuer Lohnstruktur und AV; für am 31.03.04 bestehende Ausbildungsverhältnisse bleiben die bisherigen Ausbildungsvergütungen erhalten.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: 31.12.2004

WSI

18.04.05

WSI plädiert für europäische Mindestlohn-Politik Erweitertes Entsendegesetz erster Schritt auf dem Weg zum Mindestlohn / Beschäftigungsrisiken nicht belegt

Mit der von der Bundesregierung geplanten Erweiterung des Entsendegesetzes würde erstmals in Deutschland eine weitreichende Mindestsicherung eingeführt. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung sieht darin einen wichtigen Schritt, um Lohndumping und die weitere Zunahme von Armutslöhnen einzudämmen.

Allerdings ist nach Einschätzung des WSI absehbar, dass auch nach einer Erweiterung des Entsendegesetzes große Lücken bei der Absicherung von Mindestlöhnen bleiben. So können die tariflichen Mindestlöhne nur in Branchen für allgemeinverbindlich erklärt werden, die über gültige Flächentarifverträge verfügen. Das ist jedoch in vielen Branchen nicht der Fall. Keine Lösung bietet das Entsendegesetz auch für Branchen, in denen die unteren tariflichen Lohngruppen mit Beträgen zwischen 4 und 6 Euro pro Stunde deutlich unterhalb der Armutsschwelle liegen.

Das WSI hält deshalb die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns für sinnvoll. Solche Regelungen existieren heute in der Mehrzahl der europäischen Staaten. Befürchtungen, dass dadurch Arbeitsplätze gefährdet würden, lassen sich nicht begründen. In einer umfassenden, international vergleichenden Studie aus dem Jahr 1998 kommt die OECD zu dem Ergebnis, dass zwischen der Existenz von Mindestlöhnen und der Beschäftigungshöhe in traditionellen Niedriglohn-branchen kein eindeutiger Zusammenhang bestehe. Zu ähnlichen Resultaten gelangen neuere Untersuchungen aus den USA und mehreren europäischen Ländern.

Für die deutsche Diskussion besonders interessant sind aus Sicht des WSI die Erfahrungen in Großbritannien. Dort sagten Kritiker bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 1999 ebenfalls massive Beschäftigungsverluste voraus. Zahlreiche wissenschaftliche Analysen haben indes belegt, dass diese Sorgen unbegründet waren. Während der gesetzliche Mindestlohn in Großbritannien zwischen 1999 und 2004 von £ 3,60 auf £ 4,85 (etwa 7,10 Euro) erhöht wurde, ist die Arbeitslosenquote von 6,2 % (1998) auf 4,7% (2004) zurückgegangen. Mittlerweile wird der gesetzliche Mindestlohn von allen gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Arbeitgeber als wichtiges soziales Regelungsinstrument akzeptiert.

Die Erfahrungen aus dem Ausland, vor allem aber die aktuellen Debatten um die EU-Dienstleistungsrichtlinie machen deutlich, dass die Mindestlohnsicherung längst zu einer europaweiten Frage geworden ist. Wissenschaftler des WSI haben deshalb zusammen mit Kollegen des Schweizer Denknets und des französischen Forschungsinstitutes IRES Thesen für eine europäische Mindestlohnpolitik entwickelt. Sie werden auf einer internationalen Fachtagung am 21./22. April 2005 in Zürich präsentiert.

Die Wissenschaftler plädieren für eine europaweit koordinierte Mindestlohnpolitik. Jedes Land soll für die unteren Lohngruppen konkrete Mindestnormen festlegen, die in einem bestimmten Verhältnis zum nationalen Lohngefüge stehen. Als kurzfristiges Ziel fordern die Wissenschaftler eine nationale Mindestnorm, die mindestens 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohns beträgt. In Deutschland würde dies einem monatlichen Mindestlohn zwischen 1.450 und 1.500 Euro brutto entsprechen.

Mittelfristig sollten die nationalen Mindestlöhne eine Zielgröße von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes anvisieren. Damit wäre die in der „EU-Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ von 1989 erhobene Forderung verwirklicht, wonach den Arbeitnehmern ein „gerechtes Arbeitsentgelt“ garantiert werden soll.

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck,
Dr. Thorsten Schulten, WSI-Tarifarchiv
Tel.: 02 11-77 78-232 und -239
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de
E-Mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 02 11-77 78-150
Fax: 02 11-77 78-120
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

10.03.2005

Orientierungshilfe zu Arbeitslosengeld II

Aktueller Tarifspiegel im Internet

WSI gibt Überblick über unterste Tarifvergütungen in über 30 Branchen

Jeder legale Job ist zumutbar - auch wenn Lohn oder Gehalt weit unter Tarif liegen. Das ist die Rechtslage für Arbeitslose nach Hartz IV, wenn sie ihren Anspruch auf Unterstützung nicht verlieren wollen. Doch was sehen die Tarifverträge vor?

Das WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung gibt auf einer neu eingerichteten Internetseite einen Überblick über die untersten Tarifvergütungen für ArbeiterInnen und Angestellte in über 30 Branchen mit über 250 regionalen Tarifbereichen.

„Weniger sollte niemand verdienen“, sagte der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Dr. Reinhard Bispinck, anlässlich der Freischaltung der Webseite www.tarifspiegel.de.

„Allerdings gelten diese Tarifstandards nur für Gewerkschaftsmitglieder und nur in tarifgebundenen Betrieben.“

Doch auch für alle anderen Betroffenen ist die Datenbank eine Orientierungshilfe. Liegt der Lohn für den neuen Job um mehr als 30 Prozent unter dem vergleichbaren Tariflohn, ist das Entgelt möglicherweise "sittenwidrig" und das Arbeitsangebot damit nicht mehr zumutbar.

Weitere Informationen: www.boecklerimpuls.de

Kontakt: Reinhard Bispinck, Tel: 0211 - 7778-232

Unterste Tarifvergütungen je Stunde und Monat - Ausgewählte Beispiele

Branche	Region	Vergütung	unterste Tarifvergütung in €	
			Stunde	Monat
Bauhauptgewerbe	West	Lohn	10,36	1.750
Bewachungsgewerbe (Separatwachdienst)	Rheinland-Pfalz, Saarland	Lohn	5,25	908
Einzelhandel	NRW	Gehalt	7,28	1.187
Erwerbsgartenbau	Schleswig-Holstein	Lohn	6,90	1.166
Feinkeramische Industrie	Baden-Württemberg	Lohn	8,29	1.367
Floristik	NRW	Entgelt	5,94	1.004
Friseurhandwerk	Thüringen	Entgelt	3,18	511
Gebäudereinigerhandwerk	Sachsen-Anhalt	Lohn	6,36	1.074
Holz- und Kunststoffindustrie	Mecklenburg-Vorpommern	Lohn	6,80	1.183
Hotels und Gaststätten	Bayern	Entgelt	7,24	1.224
Kfz-Handwerk	Pfalz	Lohn	9,45	1.480
Landwirtschaft	Thüringen	Lohn	4,44	773
Textilindustrie	Nordbayern	Lohn	8,79	1.414
Transport- und Verkehrsgewerbe (Spedition)	Bayern	Lohn	9,21	1.538

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: 1.3.2005

WSI

03.02.2005

Bilanz der Tarifrunde 2004

Tariflöhne und -gehälter: +1,9 % im Westen und +2,5 % im Osten

Tarifniveau Ost/West bei 94 % - Stagnation der Effektiveinkommen

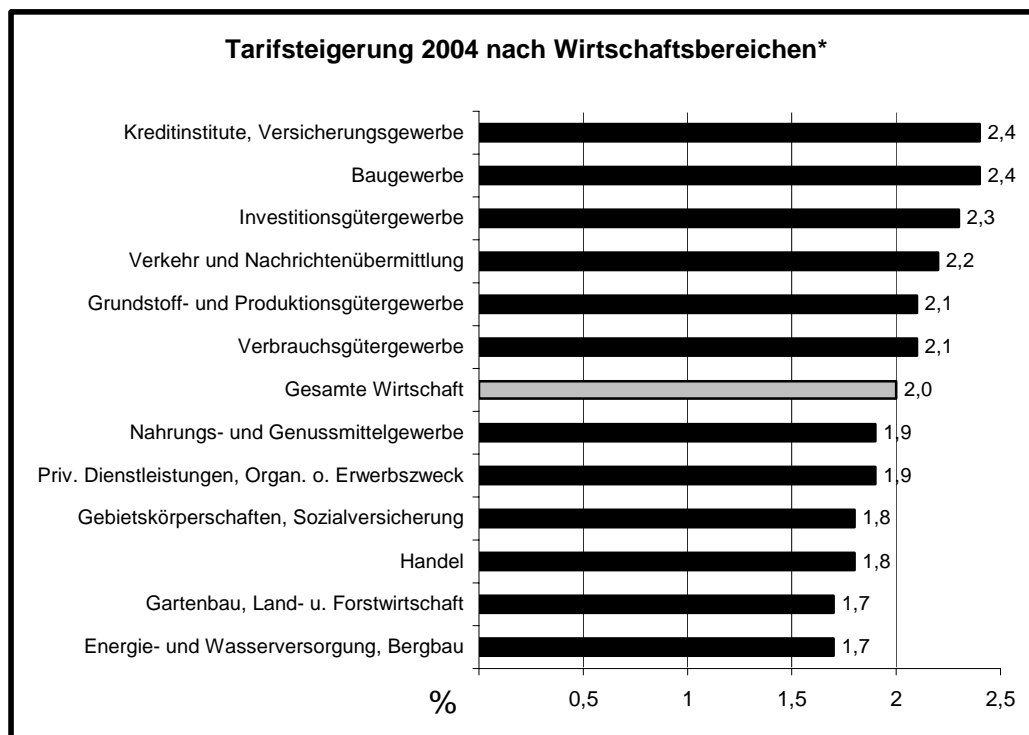
Die tarifliche Abschlussrate für das Jahr 2004 betrug im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt 1,6 %. Berücksichtigt man zusätzlich auch die höheren, bereits im Vorjahr für 2004 vereinbarten Tarifierhebungen, dann ergibt sich eine jahresbezogene **Tarifsteigerung** der tariflichen Grundlöhne und -gehälter für 2004 gegenüber dem Vorjahr von durchschnittlich 1,9 % im Westen und 2,5 % im Osten, im Bundesdurchschnitt 2,0 %. Dies ergibt sich aus der Bilanz der Tarifpolitik des Jahres 2004, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) am Donnerstag in Berlin vorlegte.

Damit ist es der gewerkschaftlichen Tarifpolitik 2004 zwar gelungen, die Steigerung der Lebenshaltungskosten von 1,6 % auszugleichen, der kostenneutrale Verteilungsspielraum von rund 2,8 % (Arbeitsproduktivität + 1,2 %, Preise + 1,6 %) wurde dagegen nicht ausgeschöpft. „Ein Beitrag zur Stabilisierung der Binnennachfrage ist daher von der Tarifpolitik nicht ausgegangen“ sagte der Leiter des WSI-Tarifarchivs Dr. Reinhard Bispinck.

Zu berücksichtigen ist darüber hinaus: Die **effektiven Bruttoeinkommen** je Arbeitnehmer sind im vergangenen Jahr mit einem Plus von 0,1 % nahezu gleich geblieben. Damit ergibt sich auch für das vergangene Jahr eine starke negative Lohndrift. Darin kommen mehrere Faktoren zum Ausdruck: Die Tarifverträge prägen trotz relativ stabiler formaler Tarifbindung einen rückläufigen Teil der Branchen und Betriebe. Tariflose Zustände in manchen Wirtschaftszweigen, die zunehmende Zahl von tariflichen Öffnungsklauseln, der weitere Abbau übertariflicher Leistungen und auch der wachsende Lohndruck durch die Arbeitsmarktreformen trugen zum Auseinanderklaffen von tariflicher und effektiver Einkommensentwicklung bei. Außerdem wirkt sich auch die steigende Zahl von Mini-Jobs senkend auf das durchschnittliche effektive Bruttoeinkommen aus.

Insgesamt schlossen die DGB-Gewerkschaften in Deutschland im vergangenen Jahr **Lohn- und Gehaltstarifverträge** für rund **7,9 Mio. Beschäftigte** ab, darunter 6,9 Mio. in den alten und 1,0 Mio. in den neuen Bundesländern. Für rund 88 % dieser Beschäftigten gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Als Ausgleich vereinbarten die Gewerkschaften für rund 20 % der davon betroffenen Beschäftigten Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 45 € (West: 46 €, Ost: 37 €) im Monat betragen. Die **Laufzeit** der Verträge beläuft sich durchschnittlich auf **21,8 Monate** (2003: 20,5). Für weitere fast 8 Mio. Beschäftigte traten Erhöhungen in Kraft, die bereits 2003 oder früher vereinbart wurden.

Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung, auf ganz Deutschland bezogen, mit 2,4 % bei den Kreditinstituten und Versicherungen aus, gefolgt vom Investitionsgütergewerbe mit 2,3 % und dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 2,2 %. Das Schlusslicht bilden die Bereiche Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft sowie Energie- und Wasserversorgung, Bergbau mit 1,7 %. In den neuen Bundesländern hat sich das Tarifniveau im Vergleich zum Westen gegenüber dem Vorjahr um gut einen halben Prozentpunkt erhöht. Das **Tarifniveau Ost/West** betrug Ende 2004 bezogen auf die tariflichen Grundvergütungen **94,0 %** gegenüber 93,4 % zum Ende des Vorjahres.



* Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2004 gegenüber 2003.
Quelle: WSI-Tarifarchiv 2005

Tarifdaten 2004

	Ost	West	Gesamt
Tarifabschlüsse für ... Mio. ArbeitnehmerInnen	1,0 Mio.	6,9 Mio.	7,9 Mio.
Abschlussrate ¹ in %			
- wirksam in 2004	1,8 %	1,6 %	1,6 %
- inkl. Stufenerhöhung in 2005 ff.	3,2 %	2,8 %	2,8 %
Nullmonate für ... Mio. ArbeitnehmerInnen	0,7 Mio.	5,8 Mio.	6,5 Mio.
Pauschalzahlung in € pro Mon.	37 €	46 €	45 €
Jahresbezogene Tarifsteigerung ² 2004/2003 in %	2,5 %	1,9 %	2,0 %
Laufzeit der Verträge in Monaten	22,0 Mon.	21,8 Mon.	21,8 Mon.
Tarifniveau Ost/West in %	94,0 %		
Wochenarbeitszeit in Stunden	38,9 Std.	37,4 Std.	37,6 Std.
Tarifurlaub (Endstufe) in Arbeitstagen (AT)	29,6 AT	30,1 AT	30 AT
Jahresarbeitszeit in Stunden	1.719,2 Std.	1.643,3 Std.	1.655,7 Std.

1 Erhöhung der Tabellenvergütungen (ohne Pauschal- und Einmalzahlungen).

2 Durchschnittliche tarifliche Grundvergütung inkl. Pauschal- und Einmalzahlungen gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2004

Ansprechpartner bei der Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv
Tel.: 02 11-77 78-232
Fax: 02 11-77 78-250
E-Mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de
www.tarifarchiv.de

Hans Böckler Stiftung

Einstieg für... | Schnellsuche | Profisuche | Sitemap

Kontakt
Newsletter
Druckansicht
Bestellliste
ansehen

Hauptbereiche

- Tarifarchiv
- Über uns
- Pressemeldungen
- Veröffentlichungen
- Tarifrunde 2004/2005
- Abgeschlossene Tarifrunden
- Tarifdaten
- Dokumente
- Tarifsystem
- Europäische Tarifpolitik
- Glossar
- English
- Links

Tarifarchiv

Neues im Tarifarchiv

Wer verdient was? Mitmachen – Fragebogen ausfüllen!
Erfolgreicher Start: Bereits über 5000 Teilnehmer bei Projekt zur kostenlosen Online-Auskunft über tatsächliche Einkommen in allen Branchen und Berufen. [mehr...](#)

Tagesaktuelle Tarifchronik
09.12.2004: [Verdi optimistisch bei neuem Tarifrecht für den öffentlichen Dienst](#)
→ [Weitere Einträge aus der laufenden Chronik](#)

Tarifbericht November 2004
Mit aktuellen Forderungen und Abschlüssen
→ [Im Wortlaut \(pdf\)](#)

Das tariflich gesicherte Weihnachtsgeld 2004
Wer bekommt wieviel in den einzelnen Branchen? [mehr...](#)
→ [DGB: Tarifliche und rechtliche Ansprüche \(pdf\)](#)

Wer verdient was ?
Von Abfüller bis Zubeckleiter... Aktuelle Tarifverträge

www.lohnspiegel.de


Projekt LohnSpiegel: Mitmachen - Weitersagen!

Direkteinstieg

Stichwort wählen

Tarifhandbuch 2004


Schwerpunkt: Flächentarifvertrag in Europa

Kontakt:

Dr. Reinhard Bispinck

WSI-Tarifarchiv

Reinhard-Bispinck@boeckler.de

Telefon: 0211/77 78 - 232

Fax: 0211/77 78 - 250